

Linz im Aufruhr: Bürgerinitiative kämpft für den Grüngürtel!

Linz lehnt Volksbefragung zur Erhaltung des Grüngürtels ab. Initiative „Ja! Zum Grüngürtel!“ kündigt Einspruch an.



Linz, Österreich - Im Kampf um den Erhalt des Grüngürtels in Linz ist die Initiative „Ja! Zum Grüngürtel!“ auf Widerstand gestoßen. Mitte Mai wies die Stadt Linz den Antrag der Initiative auf Durchführung einer Volksbefragung zurück, weil die Fragestellung als unzureichend klar und bestimmt erachtet wurde. Die Initiative, die Ende April 2025 gegründet wurde und mehr als 7.000 Unterstützungserklärungen überreichte, hatte ursprünglich beantragt, den Ausbau des Grüngürtels zu schützen und Gelder von Autobahnprojekten in den öffentlichen Verkehr umzuleiten. Bürgermeister Dietmar Prammer (SPÖ) war der Empfänger dieser Unterstützungserklärungen.

Vizebürgermeister Martin Hajart (ÖVP) kritisierte die Aktionen

der Aktivisten und erklärte, dass Proteste nicht auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen werden dürften. Zudem drängte er auf einen Dialog, um die Spannungen zu verringern und bedankte sich bei der Linzer Polizei für die zügige Auflösung der Protestaktion. Auch FPÖ-Sicherheitsstadtrat Michael Raml äußerte sich überaus kritisch und forderte hohe Strafen für Klimaaktivisten, die Straßen blockieren.

Volksbefragung und deren Ablehnung

Die Volksbefragungsinitiative „Ja! Zum Grüngürtel!“ stellte die Frage, ob die Stadt die Verbauung des Grüngürtels und der Naherholungsräume unterbinden soll. Die Behörde für Bürger*innen Angelegenheiten der Stadt Linz erklärte den Antrag jedoch für unzulässig. In einem postalisch zugestellten Bescheid wurde die Initiative über die Gründe der Ablehnung informiert, darunter die unzureichende Klarheit und Bestimmtheit der Fragestellung. Diese muss deutlich erkennen lassen, ob der Gegenstand in die Zuständigkeit der Gemeinde fällt, was in diesem Fall missverständlich sei. Hintergrund sind strenge Anforderungen, die vor allem durch den Verfassungsgerichtshof gestellt werden.

Die Initiative kündigte an, gegen diese Entscheidung Einspruch zu erheben und sprach sich selbst auf Facebook für mehr Demokratie und Bürger:innen-Beteiligung aus. Diese Forderungen nach Mitbestimmung sind bezeichnend für eine wachsende Kritik in der Bevölkerung an Infrastrukturprojekten und der städtischen Planungsprozesse. In vielen Städten steigen die Konflikte über stadtprägende Vorhaben und es gibt einen anhaltenden Druck, die Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Ausblick und Beteiligung der Bürger

Im Kontext dieser Entwicklungen lässt sich eine Veränderung im Zusammenspiel zwischen Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft beobachten. Städte

stehen unter Druck, durch diverse Formen der Bürgerbeteiligung auf die Herausforderungen zu reagieren. Das Difu (Deutsches Institut für Normung) hebt hervor, dass der Legitimationsdruck auf Planungsprozesse zunimmt und es an der Zeit ist, die Stimmen der Bürger ernst zu nehmen und in die Entscheidungen einzubeziehen.

Die Diskussion um den Grüngürtel in Linz ist somit nicht nur ein lokales Problem, sondern spiegelt auch einen gesamtgesellschaftlichen Trend wider. Der Umgang mit Großprojekten erfordert ein hohes Maß an Klarheit und Kommunikation zwischen den verschiedenen Interessenvertretern. Die nächsten Schritte der Initiative „Ja! Zum Grüngürtel!“ werden mit Spannung erwartet, während die Stadt erneut in den Dialogwechsel treten muss, um die Anforderungen und Bedürfnisse der Linzer Bevölkerung in Zukunft besser zu berücksichtigen.

Details	
Vorfall	Klimaprotest
Ursache	Ablehnung Antrag
Ort	Linz, Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.linz.at • difu.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at